

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1963
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Rheinland-Pfalz

„FDP – das Rechte für Rheinland-Pfalz“

(Beschlossen vom Landeshauptausschuß
in Mainz am 8. Dezember 1962)

am besten



FDP - das Rechte für Rheinland-Pfalz

Überall in der freien Welt sind die liberalen Parteien auf dem Vormarsch. Der deutsche Wähler hat bei allen Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden die FDP als die dritte Partei bestätigt. Auch in Rheinland-Pfalz, wo wir Freien Demokraten seit 12 Jahren die erfolgreiche Landespolitik maßgebend mitbestimmen, wird sich die freiheitliche und fortschrittliche Entwicklung fortsetzen.

Wir Freien Demokraten sind in der Regierung von Rheinland-Pfalz erfolgreich für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes eingetreten. Unsere ganze Kraft galt gleichzeitig der sittlichen Stärkung der Gemeinschaft durch eine Kulturpolitik, die zum Christentum uneingeschränkt, ja, zur Konfessionalisierung aber nein sagt.

Gesamtdeutsch - gegen Länderegoismus

Die weltpolitische Lage und die Lage unseres geteilten Vaterlandes und seiner geteilten Hauptstadt erfordern eine **gesamtdeutsche Politik**. Diese Politik ist nur gewährleistet, wenn Parlament und Regierung in Bund und Ländern unverrückbar für dieses Ziel eintreten.

Straffung der Landesverwaltung

Die Landesverwaltung ist so übersichtlich zu regeln, daß es **keinen Verwaltungsleerlauf** gibt. Bei der Größe unseres Landes halten wir nach wie vor **5 Regierungsbezirke** für **zuviel**. Ebenso ist bei allen übrigen Verwaltungen eine grundsätzliche Flurbereinigung unter Anpassung an die heutigen Verkehrsverhältnisse unerläßlich. Die **Personalpolitik** muß sicherstellen, daß kein Angehöriger des öffentlichen Dienstes aus parteipolitischen oder konfessionellen Gründen bevorzugt oder benachteiligt wird. Der öffentliche Dienst braucht fachlich geeignete Menschen, die eine saubere und arbeitsfähige Verwaltung gewährleisten und zu höchsten Leistungen befähigt sind. Dabei ist Vorsorge zu treffen, daß die **Besoldung im öffentlichen Dienst** rechtzeitig **der allgemeinen Wirtschafts- und Entwicklung entspricht**.

Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Der Bürger hat Anspruch auf eine Gemeindepolitik, die den modernen Erfordernissen unserer Zeit entspricht. Deshalb bleibt die Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden mit dem Ziel ihrer größeren Selbständigkeit zur Durchführung der vermehrten Aufgaben unser Anliegen. Die erstrebte Neuregelung des Rechts der kommunalen Selbstverwaltung soll den Grundsatz beachten: **sowenig staatlicher Einfluß wie nötig, soviel kommunale Eigenentscheidung wie möglich**.

Gezielte Wirtschafts- und Finanzpolitik

Der Ausbau der gewerblichen Wirtschaft durch eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auf die **Schwerpunktaufgaben unseres Landes** ausgerichtet ist, muß fortgesetzt werden. Da der größere Wirtschaftsraum der EWG die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz stark beeinflußt, muß zur **Erhaltung unserer Klein- und Mittelbetriebe** mit einem ausgeprägten Handwerk: **1. eine zielstrebige Strukturverbesserung, 2. eine planvolle Investitionspolitik, 3. eine sinnvolle und gerechte Steuer- und Sozialpolitik** in verstärktem Maße betrieben werden.

Das trifft vor allem auf die wirtschaftlich und sozial schwachen Gebiete unseres Landes zu.

Der **Ausbau des Straßennetzes** und die **verkehrsmäßige Erschließung** des Landes müssen fortgeführt und die **Lasten** zwischen Land, Kreisen und Gemeinden noch **gerechter verteilt werden**.

Unser Land gehört zu den schönsten im Bundesgebiet. Es sind deshalb zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um die natürlichen Gegebenheiten zur Erholung und Heilung in den Bädern und Luftkurorten besser für den **Fremdenverkehr** nutzen zu können.

Freie Berufe Wir fühlen uns den freien Berufen besonders verbunden, da sie ein notwendiger Bestandteil eines freien Volkes sind. Wir sind bereit, ihre **freie Lebensgrundlage** zu erhalten und zu sichern.

Gerechte Sozialpolitik

Wir Freien Demokraten treten für die **volle Lohnfortzahlung** im Krankheitsfalle an alle Arbeiter ein. Damit werden die Arbeiter den Angestellten materiell gleichgestellt. Es darf dabei aber keine zusätzliche nichtkalkulierbare Belastung der lohnintensiven mittelständischen Wirtschaft, insbesondere der handwerklichen und landwirtschaftlichen Betriebe entstehen.

Die **Krankenversicherungsreform** muß die **Selbstverantwortung stärken**. Jedem Versuch, die gegliederte Krankenversicherung zugunsten einer Einheitsversicherung zu gefährden, tritt die FDP entgegen.

Die FDP setzt sich, wie bereits seit 1954 im Bundestag verlangt, für die **Übernahme des Kindergeldes auf den Staatshaushalt** ein.

Die **Sozialpolitik** der FDP soll jedem Bürger ein **Höchstmaß an Selbständigkeit** und **Unabhängigkeit** sichern. Jeder muß ohne Rücksicht auf Herkunft und Besitz entsprechend seiner Begabung und seinen Leistungen aufsteigen können. Die Hilfe der Allgemeinheit muß allen gelten, die durch Krankheit, Alter oder durch den Verlust ihrer Existenzgrundlage unverschuldet in Not geraten sind.

Wir Freien Demokraten fordern **vordringliche Hilfe für die Opfer des Krieges**. Die Kriegsfolgengesetzgebung, zu der auch die Aufwertung der Altlebensversicherung gehört, muß Vorrang vor neuen sozialpolitischen Maßnahmen haben.

Die FDP tritt für eine **gerechte Entschädigung der Vertriebenen und Flüchtlinge** nach Maßgabe der persönlichen Verluste ein. Die Auszahlung der Hauptentschädigung ist zu beschleunigen, die Eingliederung – auch der Spätkriegsheimkehrer – schnellstens zu beenden. Sowjetzonenflüchtlinge sind den Heimatvertriebenen gleichzustellen. Die Sozialgesetze müssen durch die Landesverwaltung unbürokratisch und großzügig angewendet werden.

Die Förderungsmaßnahmen des Landes Rheinland-Pfalz für den **Ausbau der Krankenhäuser** sind **verstärkt fortzusetzen**. Eigene Häuser und Abteilungen für Alte und Gebrechliche sind dabei zu errichten.

Zur **Erhaltung der Volksgesundheit** muß Kindern und Erwachsenen ausreichende Gelegenheit zur Entspannung und Erholung, zu Sport und Spiel gegeben werden. Die Anlage von Sportstätten und Turnhallen, Kinderspielplätzen, Hallen- und Freibädern sowie öffentlicher Parks und Grünflächen muß in **Erfüllung des Goldenen Plans** durch das Land gefördert werden.

Gesamtreform der Sozialpolitik

Die längst fällige Gesamtreform unserer Sozialpolitik muß endlich vorgenommen werden. Sie ist im Hinblick auf die moderne gesellschaftliche Entwicklung zu überprüfen. Auf einer neuen Grundlage ist ein **einheitliches Sozialgesetzbuch** zu schaffen, das übersichtlich und allgemein verständlich ist.

Förderung des Wohnungsbaus

Das Land Rheinland-Pfalz hat bisher den **Wohnungsbau** durch seine verschiedenen Programme stark gefördert und damit den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft in weitem Umfange ermöglicht. Das Hauptziel der Wohnungsbaupolitik des Landes muß nunmehr neben der Fortsetzung des **Baus von Wohnungen und Eigenheimen für die einkommensschwache Bevölkerung und junge Familien** auf besondere Schwerpunkte gerichtet sein. Zu diesem Zweck müssen die Richtlinien für den sozialen Wohnungsbau überprüft und auf neue Grundlagen gestellt werden.

Um eine wirtschaftlich **ungesunde Kapitalkonzentration bei den Wohnungsbaugesellschaften** zu verhindern, sind vorhandene Mietwohnungen kaufinteressierten Mietern zum **Eigentumserwerb** anzubieten. Damit wird dem Ziel der Eigentumsstreuung gedient. In öffentlicher Hand befindliches Bauland, das in absehbarer Zeit nicht benötigt wird, ist an bauwillige Bürger zu angemessenem Preis abzugeben. Wohnviertel sind vom Verkehrs- und Industrielärm soweit wie möglich zu trennen. Zur Schaffung gesunder Lebensbedingungen ist eine zielbewußte Förderung von **Maßnahmen gegen die Verunreinigung von Luft und Wasser** notwendig.

Zeitgemäße Agrarpolitik

Die Agrarpolitik in Rheinland-Pfalz ist darauf auszurichten, daß die Struktur unserer Landwirtschaft noch stärker durch den **bäuerlichen Familienbetrieb** bestimmt wird. Der bäuerliche Familienbetrieb ist menschlich, sozial, betriebswirtschaftlich und technisch **die beste Betriebsform**.

Daneben kann auf den **kleinbäuerlichen Betrieb** und den Nebenerwerbsbetrieb speziell für die **Veredelungswirtschaft** und die **Sonderkulturen** (Wein, Tabak, Obst, Gemüse etc.) nicht verzichtet werden. Er bietet soziale Sicherheit, besonders in Krisenzeiten und bei einem Konjunkturrückgang.

Landwirtschaft und EWG

Ohne die nachdrücklich vorgebrachten Forderungen der FDP zur Sicherung der Interessen der deutschen Landwirtschaft hätte in Brüssel nicht so hart verhandelt werden können. Aus der Lage des Landes Rheinland-Pfalz, inmitten der EWG-Länder, ergeben sich **besondere agrarpolitische Forderungen**. Ziel muß sein,

1. **auch im Gemeinsamen Europäischen Markt die Lebensfähigkeit der einheimischen Landwirtschaft und der Spezialkulturen zu gewährleisten,**
2. **den Anschluß der bäuerlichen Betriebe an die wirtschaftliche Gesamtentwicklung durch kostendeckende Preise als ein Gebot sozialer Gerechtigkeit zu sichern,**
3. **im Wettbewerb mit den Marktzusammenschlüssen des Auslandes den eigenen Markt aufrechtzuerhalten und neue Märkte zu erschließen.**

Die Agrarpolitik des Landes Rheinland-Pfalz, ist diesen Forderungen anzupassen. Die **Erhaltung und Sicherung der vorhandenen landwirtschaftlichen Kulturen sind für das Land Rheinland-Pfalz lebenswichtig**.

Die Anschaffung arbeitserleichternder Maschinen und Geräte sowie die Ausbildung von Familienhelferinnen zur Entlastung der Bäuerin müssen vom Land besonders gefördert werden. Bauer und Bäuerin haben Anspruch auf eine ausreichende Altersversorgung.

Kulturpolitik

Pflege und Förderung der deutschen Kultur sind den Ländern der Bundesrepublik Deutschland im besonderen Maße anvertraut. Die **Kulturhoheit der Länder darf aber weder zu einer Provinzialisierung der Kultur noch zu einer Zersplitterung des deutschen Bildungswesens führen**.

Jeder Bürger unseres Landes hat gleichen **Anspruch auf eine gute Ausbildung**. Eignung und Neigung, nicht aber Herkunft und Besitz sollen für seinen Bildungsweg entscheidend sein. Dieser Weg soll es ihm ermöglichen, sich zur freien, sittlichen Persönlichkeit zu entfalten; er soll ihn nicht in Einseitigkeit, Intoleranz und konfessionelle Enge führen.

Wir **lehnen die Einheitsschule sozialistischer Prägung ebenso entschieden ab wie die Konfessionsschule**. Wir fordern dagegen ein gegliedertes **Schulwesen auf der Grundlage der christlichen Gemeinschaftsschule**, in der alle Glaubensbekenntnisse geachtet werden.

Wir Freien Demokraten bejahen die **Einführung eines 9. Volksschuljahres**. Zunächst müssen jedoch die Voraussetzungen geschaffen werden, daß der Unterricht bis zur 8. Klasse in geordneter Weise erfolgen kann. Wir fordern den **Ausbau der selbständigen Mittelschule**, die eine abgeschlossene Bildung vermittelt. Mittelschulen sollen **vor allem in ländlichen Bezirken** in verstärktem Maße neu eingerichtet werden, um das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land auszugleichen.

Das Landkind muß ebenso gut ausgebildet werden wie das Stadtkind. Zwergschulen können einen Unterricht, der dem Anspruch unserer Zeit genügt, nicht gewährleisten. Wir fordern deshalb die **Errichtung von Hauptschulen** (Mittelpunktschule, Zentralschule) überall dort, wo es möglich und nötig ist. Die Grundschule kann in der Gemeinde bleiben, soweit dadurch keine Zwergschulen entstehen.

Unseren Grundsätzen entsprechend treten wir für die Schaffung einer **simultanen Pädagogischen Hochschule** ein. Den Ausbau der bestehenden Hochschulen für Lehrerbildung halten wir für dringend erforderlich.

Die **Berufserziehung** muß durch den verstärkten Ausbau des berufsbildenden Schulwesens gefördert und durch vermehrte Errichtung von **Lehrlingswerkstätten** ergänzt werden. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die **landwirtschaftlichen Berufsschulen**. Wir fordern den **Ausbau des Ingenieur- und Technikerschulwesens**. Jedem Begabten muß durch den **2. Bildungsweg** der Zugang zur Hochschule eröffnet werden.

Im Rahmen der Kulturpolitik müssen **Wissenschaft und Kunst vom Staat gefördert werden**.

Die **Volkshochschulen** und das **Volksbildungswerk** sowie die Errichtung und der Ausbau von **Bibliotheken** und **Volksbüchereien** auch außerhalb der Großstädte verlangen bei der heutigen Bedeutung der Erwachsenenbildung tatkräftige Förderung.

Die Kandidaten der FDP im Wahlkreis V Rheinhessen



1) GÜNTHER W. STORCH
Diplom-Volkswirt (37)
Mainz, Auf dem Albansberg 2

KURT GOLDMANN
Landwirt und Winzer (58)
Gundersheim, Wormser Str. 13



2) WILLIBALD MARTENSTEIN
Handelsstudiendirektor (60)
Worms, Kantstraße 3

Dr. KARL HOLL
Studienrat (32)
Mainz, 117er Ehrenhof 1



3) HANS BROSSMANN
Landwirt und Winzer (40)
Sprendlingen, Karlstraße 11

BARNIM v. BRAUNSCHWEIG
Landwirt und Winzer (38)
Udenheim/Alzey

4) FRANZ-JOSEF HOLTHAUS, Oberregierungsrat (43)
Mainz-Gonsenheim, Rheinstraße 57

HELMUT BUCHMEIER, Regierungsangestellter (47)
Budenheim, Waldstraße 40

5) Dr. ELISABETH STEIL-BEUERLE, Redakteurin,
Mainz, Dagobertstraße 3

WILHELMINE WEBER, Hausfrau, Worms,
Kriemhildestraße 6

6) KARL HEINTZ, Bäckermeister (49), Alzey,
Spießgasse 9

WILHELM KEHR II, Zimmermeister (56), Armsheim,
Hauptstraße 21

7) WERNER SCHNEIDER, Oberregierungsrat (50)
Mainz, Oderstraße 17

HERMANN BÖCKEL, Rechtsanwalt (28), Mainz,
Heinr.-v.-Gagern-Straße 35

8) MANFRED SCHNEIDER, Tischlergeselle (39)
Budenheim, Haus Rubezahl

HANS-JOACHIM SCHOLLES, Konditormeister (29)
Budenheim, Binger Straße 86

9) HELMUT WIRTH, Landwirt und Winzer (51)
Wöllstein ü. Kreuznach

ALFRED KUHN, Landwirt und Winzer (43)
Oppenheim/Rhein

10) HANS WUNDERLICH, Verlagsbuchhändler (61)
Worms, Schloßgasse 5

Dr. HANS GERSTER, Arzt (48), Worms,
Andreasstraße 20

11) EMIL SCHÄTZEL, Ökonomierat (85), Guntersblum,
Promenade 2

HANS-REINHOLD GEYER, Steuerbevollmächtigter (34),
Finthen, Friedensstraße 10

12) Dr. OTTO KAMM, Regierungsdirektor a. D. (68)
Mainz, Rheinallee 4

Dr. FRITZ-GEORG DAHLEM, Oberverwaltungs-
rat (42), Mainz, Am Fort Elisabeth 5

... und zur Regierungsbildung

Die Freien Demokraten von Rheinland-Pfalz sind bereit, die bisherige Regierungskoalition fortzusetzen, wenn die Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gesichert werden können, die unseren Grundsätzen und Zielen Rechnung tragen.

Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die Alleinherrschaft einer Partei in unserer Demokratie nicht gut tut.

Der Erfolg der Landespolitik ist darauf zurückzuführen, daß die FDP Mitverantwortung in der Landesregierung getragen hat.

Darum macht die Freie Demokratische Partei noch stärker, damit in ihr ein Partner von noch größerem Gewicht anerkannt werden muß.

Ein freies Volk braucht Freie Demokraten!

Die **FDP** ist

das Rechte für Rheinland-Pfalz